

# «Sie haben eine Präsidentin gewählt, die nicht in der Schweiz geboren ist»

**Höchste Luzernerin** Das Kantonsparlament hat Ylfete Fanaj zur Präsidentin gewählt. Erstmals kommt eine Frau mit kosovarischen Wurzeln in ein so hohes Amt.

Janine Hosp

Als sich die Luzerner Kantonsrätin und -rätinnen kurz vor Mittag erhoben, applaudierten und sich zu einer zierlichen Frau im roten Kleid drehten, und als sich diese unter anhaltendem Applaus leicht verbeugte und die Hand aus Herz legte, da war klar: Diese Wahl der Kantonsratspräsidentin ist keine Wahl wie sonst, sie ist anders.

Ylfete Fanaj, die Frau im roten Kleid, ist die erste gebürtige Kosovarin in der Schweiz, die in ein so hohes Amt gewählt wurde – und dies mit Glanzresultat. «Mit Ihrer Stimme haben Sie aus Ihrer Mitte eine Präsidentin gewählt, die nicht in der Schweiz geboren ist», sagte sie, als sie wenig später ans Mikrofon getreten war und auf dem Weg dahin Gratulationen per Ellenbogen entgegengenommen hatte. Vermutlich, so fuhr sie weiter, hätten sie die Anwesenden gewählt, ohne an ihre Herkunft zu denken, und das berühre sie.

Die Geschichte von Ylfete Fanaj ist eine Integrationsbiografie, wie man sie in der Schweiz gerne sieht. Von einem 9-jährigen Mädchen, das 1991 aus Kosovo nach Sursee kam, in der Schule kein Wort von dem verstand, was die Lehrerin erzählte, und sich dennoch bis zur höchsten Luzernerin hochgearbeitet hat. Und wenn sie nun auf ihrer Homepage schreibt, dass sie es nicht mag, wenn in Bus oder Zug laut geredet wird, weiss man in der Schweiz: Sie ist eine von uns.

## 200 Absagen

Obwohl sie es als Frau und als Migrantin doppelt schwer hatte, scheint sie den Weg bis auf den Bock im Luzerner Rathaus leichtfüssig gegangen zu sein. KV-Lehre, Berufsmatura, Studium an der Hochschule für Soziale Arbeit. 2007, mit 25 Jahren, holte sie für die SP einen Sitz im Stadtparlament, 2011 im Kantonsparlament, 2015 wurde sie Fraktionspräsidentin. Das Amt der höchsten Luzernerin wird nicht der Schlusspunkt von Fanajs Karriere sein – ihr Name wird auch für ein Regierungsamt genannt.



Die SP-Politikerin Ylfete Fanaj ist die neue Präsidentin des Kantonsrats in Luzern. Foto: Dominik Wunderli

Tatsächlich musste sich Fanaj aber auch gegen Widerstände durchsetzen. Etwa, als sie eine Lehrstelle suchte und nach 200 Bewerbungen nur Absagen bekommen hatte. Am Ende erhielt sie von Frauen eine Chance, die selber Secondas waren. Ende der 90er-Jahre, als die meisten Krie-

## Zitate zurückgezogen

Für dieses Porträt hat die Redaktion Tamedia mit Ylfete Fanaj ein persönliches Gespräch geführt. Am Dienstagabend zog die Politikerin ihre Aussagen aus diesem Gespräch jedoch zurück. Aus diesem Grund stammen die verwendeten Zitate Fanajs im Artikel aus öffentlich zugänglichen Quellen. (red)

ge auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens zu Ende waren, lebten 325'000 Personen aus dieser Region in der Schweiz. Weshalb hat sie es als Erste in ein solches Amt geschafft? Und weshalb erst jetzt? Die letzte Frage scheint leicht zu beantworten: Die erste Generation war voll damit beschäftigt, die Familie durchzubringen und die Kinder zu erziehen. Erst jetzt, wo Secondas in gute Positionen kommen, zeigt sich die Frucht ihrer Arbeit.

Die Antwort auf die erste Frage liegt auch in Fanajs Geschichte. Ihr Vater war Saisonnier, und als die Situation in Kosovo immer bedrohlicher wurde, holte er die ganze Familie in die Schweiz. Ylfete Fanaj ist das zweitälteste von fünf Geschwistern und die Einzige, die die Sekundarschule

besuchte. So war sie es, die früh Texte für ihre Familie übersetzte und ihren Geschwistern half, eine Lehrstelle zu finden. Und später tat sie das Gleiche – aber nun für Personen ausserhalb ihrer Familie.

## Stimmrecht für Ausländer

Sie tat es wohl mit grösserer Entschlossenheit als andere. Jedenfalls hatte sie Erfolg auf ihrem bisherigen Weg: Als Präsidentin des Vereins Second@s Plus brachte sie eine Volksinitiative zustande, in der sie das Stimmrecht für Ausländer auf Gemeindeebene forderte; sie engagierte sich für mehr Brückenangebote für benachteiligte Jugendliche, und als Kantonsrätin warf sie der Regierung vor, aus Spargründen zu wenig gegen den Menschenhandel im

Sextmilieu zu unternehmen – was die Regierung schliesslich zugeben musste. Auf ihrer Homepage schreibt sie, ihr Gerechtigkeits-sinn und ihr Einstehen für eine solidarische Gesellschaft hätten sie dazu gebracht, sich politisch zu engagieren.

Auch in Kosovo beobachtet man Ylfete Fanaj genau; ihre Wahl zur höchsten Luzernerin wurde gestern Abend in den Hauptnachrichten ausgestrahlt. In der Rede zu dieser Wahl erklärte sie unter anderem: Leider sei es in der Schweiz und in Luzern immer noch so, dass etwa der Familienname darüber entscheide, ob jemand eine Lehrstelle finde oder nicht. Ihre Wahl dürfe nicht als Beweis dafür angeführt werden, dass alles in Ordnung sei.

## Mutmasslicher Islamist will einen Freispruch

**Justiz** Vor dem Bundesstrafgericht musste sich gestern ein Mann wegen verbotener IS-Propaganda und Besitzes von Gewaltdarstellungen verantworten. Der im Kanton Basel-Landschaft wohnhafte Mann hatte islamistische Propagandavideos verschickt. Ausserdem wurden auf seinem Mobiltelefon Gewaltdarstellungen gefunden. Eine davon zeigt einen Islamisten mit blutigem Messer und blutverschmierten, von ihren Körpern abgetrennten menschlichen Köpfen. Der Angeklagte sagte aus, die Videos lediglich als Provokation verschickt zu haben. Sein Anwalt beantragt einen Freispruch. Die Bundesanwaltschaft hatte den Mann zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 180 Tagen verurteilt. Den am 8. Mai 2019 erlassenen Strafbefehl focht der Mann an. Das Urteil des Bundesstrafgerichts wird für Freitag, 26. Juni, erwartet. (sda)

## Nachrichten

### Hilfe für KMU soll fortgeführt werden

**Wirtschaft** Die Wirtschaftskommission des Nationalrats erhöht bezüglich Finanzhilfen für KMU und Selbstständige den Druck auf den Bundesrat. Sie fordert die Regierung in einem Brief auf, die Anfang Juni gestoppten Entscheidungen für Kurzarbeit und Erwerbsausfall weiterzuführen. Das solle so lange geschehen, bis die Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens vom Bundesrat aufgehoben würden. (sda)

### Agglomerationen streben nach Autonomie

**Gemeinden** Die Agglomerationen möchten mehr mit den Städten zusammenarbeiten, wünschen aber trotzdem mehr Autonomie. Diese Zerrissenheit dokumentiert eine neue Umfrage des Städteverbandes. Der Wunsch nach Autonomie betrifft vor allem den Bereich der Raumplanung. Überdies sehen viele Vertreter der Agglomeration ihren Ort zwar als urban, aber nicht als städtisch an. Nur 22 Prozent der Befragten ordnen ihre Gemeinde eindeutig als Stadt ein. (sda)

### Umweltinitiativen kommen wohl zustande

**Abstimmung** Lebensräume von Tieren und Pflanzen schützen und die Verbauung der Landschaft verhindern. Das ist das Ziel zweier Volksinitiativen von Umweltverbänden. Die Urheber haben nach eigenen Angaben genügend Unterschriften beisammen. Es seien innert 15 Monaten je rund 125'000 Unterschriften gesammelt worden, sagte Stefan Kunz, Geschäftsführer des Schweizer Heimatschutzes, auf Anfrage. Eingereicht werden sollen die beiden Initiativen Anfang September. (sda)

### Gegen Umsatzabgabe für Internetsriesen

**Steuern** Die Wirtschaftskommission des Nationalrats stellt sich gegen die Einführung einer Abgabe auf dem in der Schweiz erzielten Umsatz von Internetsriesen. Sie beantragt, einem entsprechenden Vorstoss von Samuel Bendahan (SP, VD) keine Folge zu geben. (sda)

**Markus Häfliger**  
und **Fabian Renz**

# «Zu Infektionsherden kann es auch in der Schweiz kommen»

**Nach den Lockerungen** Stefan Kuster, der neue «Mister Corona» des Bundes, rechnet auch in der Schweiz mit lokalen Krankheitsausbrüchen.

Markus Brotschi

## Mitglieder der Experten-Taskforce kritisieren die Öffnungsschritte des Bundesrates als verfrüht. Geht er mit der Lockerung des Corona-Regimes bewusst ein Risiko ein, Herr Kuster?

Wir nehmen die Inputs der Taskforce ernst, beobachten die Entwicklung von Fallzahlen, Hospitalisationen, Todesfällen sowie der Reproduktionszahl. Mit den stabil tiefen Fallzahlen gehen wir davon aus, dass es die Lockerungen verträgt. Streng genommen beschloss der Bundesrat am Freitag nicht grosse Lockerungen, sondern Vereinfachungen. Zudem gibt es nun sogar eine Maskentragpflicht bei Demonstrationen und weiterhin die dringende Empfehlung der Masken im ÖV. An anderen Orten empfehlen wir Masken oder eine Trennscheibe, wenn der Abstand nicht eingehalten werden kann. Wir befinden uns also nicht in einem Normalzustand, aber wenn die Bevölkerung das so empfindet, haben wir viel erreicht.

**Wer durch die Innenstädte geht, hat eher den Eindruck, dass sich viele verhalten, als bestünde keine Infektionsgefahr mehr. Es muss nur eine Person in einer Gruppe ansteckend sein, und es entsteht ein Infektionsherd.** Zu solchen Infektionsherden kann es tatsächlich kommen. Mit den Lockerungsentscheiden des Bundesrates geht man dieses Risiko bis zu einem gewissen Grad ein. Die Kantone sind sich jedoch ihrer Verantwortung bewusst, haben ihre Kapazitäten für das Contact-Tracing heraufgehoben und könnten auf solche Cluster reagieren.

## Einige Kritiker werfen dem Bundesrat vor, er verspiele den Erfolg, den er mit dem 300 Milliarden Franken teuren Lockdown erzielte.

Ich denke, dass der Bundesrat alle möglichen Aspekte bei seinen Entscheidungen berücksichtigt. Er machte eine risikobasierte Abwägung und ist so zu den getroffenen Entscheiden gelangt. Der Bundesrat ist ein Gremium mit verschiedenen Interessen, die im Entscheide einflüssen. Würde man den Fokus nur darauf richten, Ansteckungen vollständig zu verhindern, müssten wir dauernd im Lockdown bleiben. Das ist gesellschaftlich nicht akzeptiert, und deshalb muss ein Mittelweg gefunden werden. Zudem gab es bereits Kritik bei vorgängigen Lockerungsschritten wie etwa bei den Schulen, und es ist gut ausgegangen.

## Kann es auch in der Schweiz zu einem Infektionsherd wie in der Fleischfabrik Tönnies in Deutschland kommen?

Das ist nicht auszuschliessen. Wir hoffen allerdings, dass wir in der Schweiz keine Arbeitsbedingungen und Wohnsituationen haben, die solche Ausbrüche begünstigen. Aber es wäre eine Illusion, zu glauben, dass wir Cluster verhindern kön-



«Wir müssen uns auf alle Szenarien vorbereiten», sagt Stefan Kuster. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

nen. Dazu wird es auch in der Schweiz kommen. Das passende Bild für die Situation ist die eines schwelenden Flächenbrandes mit immer wieder aufflackern Brandherden, die man löschen muss.

## In Deutschland ist die Reproduktionszahl wieder im gefährlichen Bereich bei über 2. Wo liegt sie zurzeit in der Schweiz?

Wir sind im Moment bei 1,08. Wir bewegen uns schon längere Zeit um eins, wobei es bei den tiefen Fallzahlen eine gewisse Unsicherheit gibt. Wir haben zurzeit rund 200 infizierte Personen in Isolation und 640 Kontaktpersonen in Quarantäne.

## Am 30. Mai wurde das Versammlungsverbot für mehr «Mister Corona»

Stefan Kuster ist seit 1. April 2020 Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten im Bundesamt für Gesundheit. Er übernahm das Amt von Daniel Koch, der als «Mister Corona» grosse Bekanntheit erlangt hatte. (red)

**als fünf Personen aufgehoben und am 6. Juni Veranstaltungen von maximal 300 Personen erlaubt. Können Sie bereits eine Bilanz ziehen?**

Die Lockerungsschritte von Ende Mai müssten sich jetzt in den Infektionszahlen zeigen, falls es zu einem Anstieg gekommen wäre. Auch allfällige Auswirkungen des 6. Juni müssten langsam sichtbar sein. Einen grossen Anstieg der Fallzahlen konnten wir bislang nicht feststellen.

**Die Schweiz hat so rasch gelockert wie kaum ein anderes Land in Europa. Eigentlich ist es doch erstaunlich, dass es bisher zu keinen neuen Ausbrüchen kam.**

Es ist immer schwierig, verschiedene Länder miteinander zu vergleichen, wenn man die genauen Lebensumstände nicht kennt. Vielleicht schützt uns die im internationalen Vergleich wirtschaftlich gute Situation auch. Es gibt weniger prekäre Arbeitsbedingungen und Wohnsituationen als in anderen Ländern. Auszuschliessen ist aber nichts: weder dass es zu einem deutlichen Wiederanstieg kommt noch dass es mit so tiefen Infektionszahlen

weitergeht wie bisher. Letzteres hoffen wir natürlich. Wir wissen immer noch zu wenig über den Erreger. Deshalb müssen wir uns auf alle Szenarien vorbereiten.

## Der Präsident der Taskforce, Matthias Egger, sagt, dass es bei einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr braucht. Warum tut sich der Bund damit so schwer?

Eine Maskenpflicht ist durchaus eine Option, wenn sich die Bevölkerung nicht an die Empfehlungen hält. Ich stelle fest, dass in vollen Zügen zunehmend Masken getragen werden. Aber es sind zugegeben immer noch wenige, die das tun.

## Der Genfer Gesundheitsdirektor will für seinen Kanton im ÖV eine Maskenpflicht. Das Bundesamt für Verkehr lehnt ein solches regionales Vorgehen ab, wäre es aus Sicht des BAG zulässig?

Ein Kanton kann im geltenden gesetzlichen Rahmen eine Maskenpflicht im ÖV anordnen, sollte sich dies aufgrund der epidemiologischen Lage auf dem Kantongebiet rechtfertigen.

## Hohe Zustimmung für alpine Solaranlagen

**Akzeptanz in Umfrage** Doch die Solarbranche warnt vor einem heimtückischen Effekt.

Die Schweiz steigt aus der Atomenergie aus und muss deshalb ihre Stromversorgung neu sicherstellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Fotovoltaik, die der Bund im Rahmen seiner Energiestrategie 2050 ausbauen will. Über ihr technisches Potenzial in der Schweiz gibt es inzwischen diverse Studien.

Kaum erforscht ist dagegen, wie es in der Bevölkerung um die Akzeptanz der Anlagen steht, gerade in den Bergen. Hier wirft die Sonnenenergie dank hoher Einstrahlung grössere Jahreserträge als im Mittelland ab und ist daher eine Option, die künftige Stromversorgung insbesondere im Winter zu sichern. Allerdings wirken sich solche Projekte auf die Landschaft aus, was – wie bei Windturbinen – Widerstand provozieren kann.

Das Institut für Wirtschaft und Ökologie der Uni St. Gallen legt nun die erste gross angelegte Untersuchung zu diesem Spannungsfeld vor. Die Wissenschaftler befragten landesweit 1036 Personen darüber, was sie von Anlagen halten, die im alpinen Raum auf freier Fläche stehen, aber dennoch nahe bei bestehender Infrastruktur wie Dörfern, also nicht in Schutzzonen. Das Resultat: 64 Prozent der Befragten würden solchen Anlagen zustimmen. Mit 77 Prozent noch grösser ist die Akzeptanz in alpinen Regionen selber.

Die Forscher wollten zudem herausfinden, welche Faktoren für die Akzeptanz ausschlaggebend sind. Am wichtigsten ist demnach das Design. Grüne, farblich in die Landschaft eingepasste Anlagen werden gegenüber konventionellen Panels bevorzugt. Solaranlagen in Form eines Steinbocks oder einer Schweizer Fahne dagegen kommen nicht gut an. Wichtig für die Akzeptanz ist zudem, dass ein lokales Elektrizitätswerk das Projekt umsetzt, dabei die Bevölkerung miteinbezieht und die Auswirkungen auf die Landschaft möglichst klein bleiben.

Der Branchenverband Swissolar zeigt sich über das Studienresultat «sehr erfreut». Geschäftsführer David Stichelberger gibt jedoch zu bedenken: «Es bleibt zu hoffen, dass bei einem konkreten Projekt die nun festgestellte Akzeptanz nicht in Widerstand umschlägt, wie das etwa bei der Windenergie teilweise festzustellen ist.» Stichelberger betont, Freilandanlagen,

etwa im Umfeld von Skigebieten, seien eine sinnvolle Ergänzung. Priorität habe indes, das Potenzial auf bestehenden Gebäuden zu nutzen, namentlich auf Dächern und Fassaden.

So gross die Akzeptanz auch sein mag: Für Projektverzögerungen und etwaige Gerichtsverfahren braucht es nur wenige, die aus dem Konsens ausscheren. Namentlich gegen Pläne für grosse Solarkraftwerke in den Bergen hat es in der Vergangenheit Widerstand gegeben. Prominentestes Beispiel ist eine Anlage, die am Walensee-Ufer hätte gebaut werden sollen. Landschaftsschützer warnten vor einer «Verglasung der Schweiz». Die Verantwortlichen sistierten das Projekt. Es gibt aber auch andere Beispiele. In einem früheren Steinbruch in Felsberg entsteht derzeit die grösste Solaranlage Graubündens.

Wiederum andere Projekte stehen noch am Anfang. Der Stromkonzern Axpo etwa plant eine Grossanlage an der Muttsee-Staumauer im Glarnerland



Eine Fotovoltaikanlage auf dem Mont-Soleil. Foto: Keystone

auf 2500 Meter über Meer. Was meinen die Umweltverbände dazu: «Solche Anlagen an Stauseen sind sicher möglich», sagt Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. Grosse Freiflächenanlagen im Hochgebirge dagegen dürften kaum realisierbar sein, nicht nur aus Schutzgründen, auch wegen Naturgefahren wie Steinschlag und der aufwendigen Erschliessung. Die Stiftung bilanziert, statt einzelne Grossflächenanlagen seien dezentral verteilte Anlagen besser in die Landschaft einzugliedern.

Dieser Ansicht ist auch Pro Natura. Nur in Ausnahmefällen sollte eine Freiflächenanlage geplant werden, und keine davon sollte auf der «grünen Wiese» zu stehen kommen, sagt Michael Casanova, Projektleiter Gewässerschutz- und Energiepolitik.

Stefan Häne

## Ab Ende Juni rollen zwischen Italien und der Schweiz wieder Züge

**Bahnverkehr** Ab dem 29. Juni verkehren die internationalen Züge zwischen der Schweiz und Italien wieder teilweise, wie die SBB gestern mitteilen. Sowohl auf der Gotthardachse als auch durch den Simplon wird das Angebot im Sommer schrittweise hochgefahren.

In einer ersten Phase fahren auf der Gotthardachse täglich insgesamt fünf Eurocity-Züge ab Zürich oder Basel nach Mailand beziehungsweise von Mailand in die Schweiz. Das entspricht rund 50 Prozent des normalen fahrplanmäßigen Angebots. Dieses wird voraussichtlich Mitte August

in einem zweiten Schritt weiter ausgebaut; ab 7. September soll den Kunden wieder das ganze Angebot zur Verfügung stehen, unter anderem die Direktverbindung zwischen der Schweiz und Venedig. Auf der Simplonachse verkehren ab 29. Juni in beiden Richtungen je vier direkte Züge.

Das Schutzkonzept für Reisende im öffentlichen Verkehr bleibt bis auf Weiteres in Kraft. Die Passagiere werden gebeten, Schutzmasken zu tragen, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. In Italien gilt für alle Reisenden die Maskenpflicht. (sda)